

Keine GAK-Öffnung zu Lasten der Landwirte - Mortler hat Zusage des Agrarressorts

Die CSU steht hinter der angestrebten Erweiterung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ und der dafür notwendigen Grundgesetzänderung. „Wir können künftig den gesamten ländlichen Raum in unserer Förderpolitik in den Blick nehmen, ohne dass dies zu Lasten der Landwirtschaft geht“, sagt die agrarpolitische Sprecherin der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Marlene Mortler, im Interview. Sie verweist auf eine entsprechende Zusage des Bundeslandwirtschaftsministeriums. Nicht akzeptieren will Mortler, dass die Erste Säule künftig ausschließlich Umwelt- und Klimaschutzzielen dienen soll. Eine Absage erteilt sie massiven Einschnitten in die Zweite Säule.

Länderberichte 1

QS berechnet erstmals Tiergesundheitsindex für Schweinemastbetriebe

Im System der QS Qualität und Sicherheit GmbH ist erstmals der Tiergesundheitsindex (TGI) für Schweinemastbetriebe berechnet worden. Laut Angaben der QS GmbH erhalten 19 500 Schweinemäster die Ergebnisse aus den Schlachtungen des ersten Halbjahres 2018 von ihrem Bündler. Damit hätten sie die Möglichkeit, die Befunde für ihre abgelieferten Tiere zu bewerten und diese mit den Befunden von Tieren anderer Landwirte zu vergleichen. Grundlage für den Index sind die Ergebnisse der amtlichen Schlachttier- und Fleischuntersuchung, die in der Schlachthof-EDV erfasst, an die QS-Befunddatenbank weitergegeben und dort schlachthofbezogen ausgewertet werden.

Länderberichte 13

Preise für landwirtschaftliche Grundstücke weiter kräftig gestiegen

In Deutschland werden landwirtschaftliche Grundstücke immer teurer. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (Destatis) wurden 2017 für einen Hektar Fläche in der landwirtschaftlichen Nutzung (FdLN) im bundesweiten Durchschnitt 24 064 Euro gezahlt; das entspricht gegenüber dem Vorjahr einem Plus von 7,9 %. Im Jahr zuvor waren die Preise im Mittel um 13,7 % gestiegen, 2015 um 8,2 %. Der prozentuale Anstieg fiel 2017 in den neuen Ländern bei noch spürbar niedrigeren Kaufwerten als im Westen deutlich kräftiger aus. Allerdings wurden die größten Preissteigerungen in Bayern verzeichnet. Rückläufig entwickelten sich die Preise für Agrarflächen nur in Sachsen und Schleswig-Holstein.

Markt+Meinung 10

Kabinettsentscheidung zur Dürre am Mittwoch

Das Bundeskabinett wird auf seiner nächsten Sitzung am kommenden Mittwoch darüber entscheiden, ob die diesjährige Dürre als nationaler Notstand eingestuft wird oder nicht. Sollte sich der Bund zu finanziellen Soforthilfen entschließen, will Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner umgehend mit den Ländern in Verhandlungen über eine Vereinbarung für Hilfsmaßnahmen eintreten. Sie pocht dabei aber auf eine zielgenaue Unterstützung der betroffenen Bauern. Pauschale Hilfen mit der Gießkanne werde es nicht geben, so die Ministerin. Das Bundesfinanzministerium soll Medienberichten zufolge umfassenden Bundeshilfen eher reserviert gegenüberstehen. Diskutiert würden derzeit allenfalls Maßnahmen wie im Dürrejahr 2003, als Bund und Länder zusammen Finanzhilfen im Umfang von 72 Mio Euro auf den Weg gebracht hatten. Um den viehhaltenden Landwirten bei der Versorgung ihrer Tiere unter die Arme zu greifen, hat das Bundeskabinett unterdessen eine Verordnung beschlossen, durch die die Nutzung von Zwischenfrüchten auf Ökologischen Vorrangflächen (ÖVF) für Futterzwecke zugelassen werden soll. Landwirte können demnach acht Wochen nach der Aussaat den Aufwuchs als Futter ernten. Obwohl eine dafür notwendige Bundesratsentscheidung erst Ende September zu erwarten ist, ermunterte Klöckner die Bauern zur sofortigen Aussaat. Die geplante Freigabe der Vorrangflächen stieß auf breite Zustimmung. Der Präsident des Deutschen Bauernverbandes (DBV), Joachim Rukwied, bekräftigte darüber hinaus seine Forderung nach Direkthilfen für die von der Trockenheit betroffenen Landwirte.

Länderberichte 26